

Müdigkeit, die Hoffnung Europas

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **11 (1921)**

Heft 40

PDF erstellt am: **15.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-645197>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

lich, daß Goethe, ein so gelehrter Mann, der doch auch etwas von Naturwissenschaften verstand, Gedächtnisse machen konnte!“

Es ist darum dringend nötig, daß die Frau immer mehr bestimmend in das gesellschaftlich-kulturelle Leben eintritt; Aufgabe der Frauenbewegung ist es, die wirtschaftliche und geistige Struktur der Gesellschaft so zu beeinflussen, daß nicht die jetzigen, vorwiegend männlichen Maßstäbe und Wertungen allein maßgebend bleiben, sondern daß immer mehr daneben auch die eigentlich frauenhaften Ideale und Fähigkeiten im Sinn und Geist unseres Kulturlebens sich geltend machen, damit die Totalität menschlichen Wesens, Kopf und Herz, im Gesamtleben unserer Gesellschaft zum Ausdruck kommen. . . .“

Müdigkeit, die Hoffnung Europas.

Wäre die Welt nicht müde, hätte nicht der Krieg getobt und die Völker mit Abhühen vor jeder Unruhe erfüllt, es müßte jeden Augenblick irgendwo ein Kriegsfeuer aufblitzen, soviel Konfliktsstoff ist aufgehäuft. Aber der Müdigkeit ist es zuzuschreiben, daß sowohl die politischen Händel zwischen den einzelnen Staaten als die Klassenkämpfe nicht zum offenen Ausbruch kommen, daß überall der Vermittlungsweg gesucht und eingeschlagen wird. Der Müdigkeit wird es zuletzt gutgeschrieben werden müssen, wenn die Genfer Völkerbundsversammlung nicht rein papierene Arbeit leistet. Die Breite der Verhandlungen macht jeden Zuschauer pessimistisch. Um so mehr begrüßt man ein praktisches Resultat, wie zum Exempel den Beschluß, einen internationalen Gerichtshof einzusetzen, und vergißt dabei die unfruchtbaren Debatten über das unglückliche Armenien, dem noch nicht die kleinste praktische Hilfe zuteil wurde, vergißt, daß das Schicksal Oberschlesiens auf die lange Bank geschoben wird und in der Frage der russischen Hilfsaktion lediglich der negative Beschluß gefaßt wurde, es sei der schwierigen Transportverhältnisse wegen unmöglich, wirksame Hilfe zu leisten. Die größere Hoffnung auf Erhaltung des Klassen- und Völkerfriedens muß man jedenfalls auf die zerschlagenen Völker selbst setzen und der zwischenstaatlichen Organisation von Versailles nicht zu viel vertrauen. Bedenkt man zum Beispiel, daß in der Frage der Repressalien gegen einen vertragsbrüchigen Staat Japan sich für seinen Krieg mit Amerika, den es wahrscheinlich führen will, nichts anderes als eine besondere Behandlung auswirken wollte, und daß der Bund in der Tat auf die japanischen Ansprüche einging, so schüttelt man sehr skeptisch den Kopf.

Praktische Streitfragen, wie der Burgenlandkonflikt, scheinen die Genfer nicht zu interessieren. Ihre Lösung wird nach wie vor von den örtlichen Kräftekombinationen entschieden. In der Burgenlandfrage ist es ein Glück, daß der Schwerpunkt auf die Peripheriestaaten der Slaven und Rumänen übergegangen ist, deren Interessen nirgends unversöhnlich aufeinander stoßen. Ihnen muß sich zuletzt Ungarn unterordnen. Die Lage wird nur im gegenwärtigen Moment kompliziert, wo die Friedenssehnsucht der Völker Karlisten und Reaktionäre auf der ganzen Linie fördert. Man darf die Burgenlandfrage nicht von der Existenz der Horthyregierung trennen. Horthy, die Karlisten und die Freischaren haben den Handel auf dem Gewissen. Ob sie durchdringen, ist eine Frage, namentlich der tschechischen Aktionsfähigkeit. Italien lähmt sie im Augenblick, wo Ungarn der großen Entente spottet, durch sein Veto gegen den tschechisch-serbischen Korridor. Gerüchte berichten, Stefan Friedrich habe nach D'Annunzios, Zeligowskis und Korfantys Beispiel eine Republik Westungarn ausgerufen. Sicher stehen seine Truppen kampfbereit, hoffen aber, die Besterregierung werde es verstehen, den Krieg zu verhüten und trotzdem das Burgenland zu retten. Die Regierung hat von der kleinen Entente ein Ultimatum erhalten, hat versprochen, das Gebiet zu räumen und versucht, Zeit zu gewinnen.

Die letzte Ausflucht bleibt ihr immer noch übrig: Der Hinweis auf die Armee, die sich wie weiland Korfantys Truppen, nicht fügen will. Aber die Entschlossenheit vor allem der tschechischen Regierung, die nicht vor den Eventualitäten eines gewalttätigen Entscheides zwischen ihr und der Horthy'schen Gegenrevolution zurückschreckt, wird auch dieses Spiel zunichte machen.

Die tschechische Politik hat in diesem Falle nicht bloß Oesterreich und den Sukzessionsstaaten, sondern Europa einen Dienst erwiesen und der Reaktion entgegengearbeitet. Solche Kräfte müssen willkommen sein, wo sie auch wirken. Wenn heute in Deutschland der Wunsch nach einer breitgegründeten Koalitionsregierung so lebhaft geworden ist, daß außer der deutschen Volkspartei auch die Unabhängigen ihre Dienste eventuell in Aussicht stellen und schon über ihre Bedingungen nachdenken, so können wir darin eine neue Garantie gegen die Rechtsbewegung, eine Stärkung der Regierung Wirth erblicken. Die letzte innerpolitische Rede dieses Kanzlers im Reichstag war ganz auf den Kampf gegen die Deutschnationalen abgestimmt. Nicht gegen die Schwerindustrie, sondern gegen das Landjunkerum und seine Presse. Auch nicht gegen die Kommunisten. Eine dem Reich gefährliche Arbeiterbewegung scheint es nach Wirths Rede eigentlich nicht mehr zu geben. Das ist auffallend in einem Augenblick, wo der Sturz der Mark auf viereinhalb Schweizerappen die deutsche Teuerung sprunghaft in die Höhe treibt und eine Streikwelle nach der andern Deutschland überflutet. Aber es scheint, als ob die öffentliche Meinung bewußt oder unbewußt die Zusammenhänge zwischen Börse und Streiks einsehe, „normale Streiks“ überhaupt als etwas alltägliches betrachte, worüber man sich nicht aufzuregen habe und daß darum die politische Vergiftung der wirtschaftlichen Kämpfe nicht mehr so schlimm wirke wie früher. Der Streik genießt einigermaßen Schutz, seit die Republik zweifellos weniger auf den Bajonetten als auf den Gewerkschaftsorganisationen ruht. Darum ist die Furchtlosigkeit der Regierung vor der Linken erklärlich.

Eine weitere Stärkung hat die Politik der Mitte in Deutschland erfahren, seit die Verhandlungen mit Frankreich zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen führten. Nun fällt also die Rheingollgrenze dahin, und man wird sehen, ob sich die Mark einigermaßen erholt oder nicht. Die Entente hat sich die Kontrolle über die Handelsstatistik und also die Entwicklung des Außenhandels gesichert. Vielleicht lernen die Pariserherren aus der Erholung der Mark und aus dem Dumping, das auf jeden Marksturz folgt, wie man den Export sinnvoll kontrolliert. Vielleicht sieht man, es wäre besser, wenn die Mark nicht noch beständig tiefe und richtet die Politik danach ein.

Man wird dies bei den künftigen Entscheidungen über Oberschlesien feststellen können. Die schlesische Anhängerschaft der Insurrektion hat sich so bedenklich geächtet, daß für Polen wenig reale Aussichten mehr bestehen. Dazu befindet sich der Staat Baderewskis in einer Finanzlage, wogegen die des deutschen Reiches als gut bezeichnet werden muß. Das wird schwer auf die Waagschale der britisch-deutschen Partei drücken. Ob dann freilich ein Entscheid auch durchgeführt werden wird, muß man abwarten. Man hat sich daran gewöhnt, daß Paris diktiert, daß aber die Beteiligten sich mit oder ohne Einwilligung von Paris schließlich selber einigen müssen, wie sie es für gut finden. Man hat erlebt, daß Italien sich in seinem Streit mit Athen und Belgrad vom Obersten Rat einfach einen Machtauftrag geben ließ: Das Mandat über Albanien, sprich das Protektorat. Man hat erlebt, daß Ungarn sich dem Ultimatum der großen Entente entsagte und nur der Gewalt der kleinen wich. Vielleicht erlebt man, wenn der Völkerbund seine Ohnmacht in Oberschlesien beweist, daß Polen und Deutsche sich selber helfen. Beide sind müde der Unruhe, und darum könnten beide zum Frieden willig sein. -kh-